

Infrastrukturschutz für Bergbauggebiete, Krisenprävention

Hier: Dialog zwischen sachkundigen Bürgern und Verantwortliche

Xanten, 14.06.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Globalisierung zeigt nicht nur ihre Auswirkungen auf die europäische Gemeinschaft, sondern wirkt sich bis in jede einzelne europäische Region aus. Das gilt einmal mehr für integrierte Projekte die im Einklang mit dem Erhalt, Schutz und Ausbau von Infrastruktur stehen. Letztere fungiert als Schnittstelle zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die Infrastrukturnetze des 21. Jahrhunderts gehen oftmals auf Bemühungen einzelner Akteure vor hunderten von Jahren zurück.

Insbesondere im regionalen Vergleich zeigen sich den Bürgerinnen und Bürgern die Folgen überalterter und überlasteter infrastruktureller Einrichtungen in allen Bereichen: Egal ob es um die Mobilität (Zustand der Brücken und Straßen etc.), den Sektor Wissen (Kinderbetreuung, Schulbildung etc.) oder um den Schutz (Kriminalität, ärztliche Versorgung, Digitalisierung, Schutz vor Naturkatastrophen wie Hochwasser etc.) geht, um nur drei Bereiche anzuführen – es entsteht flächendeckend der Anschein, dass Deutschland über kein Konzept für den Erhalt, Schutz und Ausbau von Infrastruktur verfügt.

So existiert kein eigenes Ministerium für Infrastruktur (aber eines für Heimat!), auch wird diesbezüglich offenkundig nicht in die universitäre Forschung und Lehre investiert. Wenn es einmal derartige Bemühungen gibt, decken sie ausschließlich die technische Weiterentwicklung bzw. wirtschaftlichen Interessen ab – dabei fungierten stets die Geisteswissenschaften als Keimzellen neuer, innovativer Ideen. Insbesondere die historische Forschung als Brückendisziplin zwischen Vergangenheit und Gegenwart scheint, wenn es um Infrastruktur geht, interessante Erkenntnisse hervorzubringen, ist doch gerade Infrastruktur ein Phänomen, welches die Menschen seit Jahrtausenden begleitet.

Aktuelle Forschungsbeiträge belegen dies (vgl. die unten aufgeführten Publikationen). Die Förderung sinnvoller historischer Projekte bleibt jedoch in der Regel der DFG überlassen (vgl. KRITIS, Universität Darmstadt). So ist es insgesamt gesehen nicht verwunderlich, dass Spanien – und nicht Deutschland (!) – das erste europäische Land ist, dass seine Energie prozentual mehrheitlich aus erneuerbaren Energiequellen (Windkraft) bezieht.

Für den Niederrhein stellen besorgte Bürgerinnen und Bürger nach wie vor erhebliche Defizite im Bereich der VORSORGE zur SCHADENSVERHINDERUNG, insbesondere in Bezug auf die Richtlinien zum Schutz kritischer Infrastrukturen, u.a. fest, dass

- kritische Infrastrukturen Auslöser von inneren und äußeren Krisen sind.
- die Pflicht zur Schadensverhinderung kein Staatsziel ist.
- Zuständige nicht verantwortlich für die Sicherheit der Bewohner sind.
- der Schutz bergbaubetroffener Bürger/Regionen mit seinen nachhaltigen Folgen nicht gesetzlich geregelt ist.
- auf Klimaveränderungen keine Konzepte und Strategien bzw. Anpassungen bestehen
- Unsere Bürgerinitiative „HochWasserSchutz-Initiative und Infrastrukturschutz am Niederrhein (HWS)“ beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit diesen Problemen zur Krisenprävention.

PS: Auch wenn unser **Antrag zum BVWP 2030** ressortmäßig klingt, greift er infrastrukturell weitere Themenfelder auf, die im Zusammenhang zu sehen sind.

<http://www.nr-feldmann.de/Doku/Behoerden/BVWP-2030-Antrag HWS.pdf>